Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9308**

17. Wahlperiode 13. 04. 2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Ilja Seifert, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/4844 –

Mitgliedschaft in der International Organisation of Social Tourism

A. Problem

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, dass Deutschland Mitglied in der „International Organisation of Social Tourism“ (OITS) wird. In dem Antrag heißt es zur Begründung, die Mitgliedschaft eröffne die Möglichkeit der direkten Einflussnahme auf die Fortentwicklung des Sozialtourismus auf europäischer Ebene und das Kennenlernen guter Praxisbeispiele. Den Angaben zufolge gehören der 1963 gegründeten Organisation 140 Mitglieder an, darunter die Staaten Griechenland, Italien, Polen, Belgien, Frankreich, Schweiz, Türkei, Portugal, Spanien und Mexiko.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

4 000 Euro (jährlicher Mitgliedsbeitrag).

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/4844 abzulehnen.

Berlin, den 14. Dezember 2011

Der Ausschuss für Tourismus

Klaus Brähmig Vorsitzender	**Marlene Mortler** Berichterstatterin	**Gabriele Hiller-Ohm** Berichterstatterin	**Dr. Ilja Seifert** Berichterstatter
	Jens Ackermann Berichterstatter	**Markus Tressel** Berichterstatter	

Bericht der Abgeordneten Marlene Mortler, Gabriele Hiller-Ohm, Dr. Ilja Seifert, Jens Ackermann und Markus Tressel

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 93. Sitzung am 24. Februar 2011 den Antrag auf **Drucksache 17/4844** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 66. Sitzung am 19. Oktober 2011 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 54. Sitzung am 14. Dezember 2011 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III. Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 17/4844 in seiner 45. Sitzung am 14. Dezember 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, dass sie zu den tourismuspolitischen Leitlinien der Bundesregierung stehe, wonach auch Menschen mit gesundheitlichen, sozialen oder finanziellen Einschränkungen reisen können sollten. Eine Mitgliedschaft Deutschlands in der bisher vergleichsweise wenig in Erscheinung getretenen Internationalen Organisation für Sozialtourismus werde jedoch abgelehnt. Sie sei auch nicht zielführend. Schon jetzt engagiere sich die Bundesregierung stark im so genannten Sozialtourismus. So würden etwa Familienferienstätten, Jugend-, Bildungs- und Begegnungsstätten, Jugendherbergen sowie die internationale Jugendarbeit gefördert. Hinzu kämen Hilfen auf Landes- und Kommunalebene für Familien mit geringem Einkommen. Neben den aus öffentlichen Mitteln und von gemeinnützigen Organisationen unterstützten Angeboten, gebe es für die genannten Zielgruppen in Deutschland eine Vielzahl attraktiver und preisgünstiger Quartiere. Dazu gehöre auch der Urlaub auf dem Bauernhof. Untersuchungen auf EU-Ebene im Bereich des Sozialtourismus hätten zudem gezeigt, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen solcher Projekte nicht eindeutig belegt werden könnten. Demgegenüber bestehe unter den europäischen Mitgliedstaaten die Gefahr eines Subventionswettlaufs zu Lasten sich selbst tragender Angebotsstrukturen.

Die **Fraktion der SPD** stellte heraus, das Thema Sozialtourismus sei wichtig. Die SPD setze sich seit langem dafür ein, dass alle Menschen am Tourismus teilhaben könnten. Dieses Ziel sei während der Beteiligung an der Bundesregierung auch in den Tourismuspolitischen Leitlinien der Bundesregierung im Jahr 2009 beschlossen worden. Darin sei festgelegt worden: Alle Menschen mit gesundheitlichen, sozialen und finanziellen Einschränkungen sollen reisen können. Klar sei, dass es dazu vielfältiger und vor allem nationaler Anstrengungen bedürfe, zum Beispiel bei der Förderung der Jugend- und Familienerholung oder der Durchsetzung von Barrierefreiheit.

Ob die Mitgliedschaft in der relativ unbekannten Organisation OITS zielführend sei, um Tourismus für benachteiligte Menschen zu fördern, sei fraglich. Das Thema Sozialtourismus sei bereits auf EU-Ebene u. a. mit der Initiative CALYPSO präsent. Dass die Bundesregierung Mitglied der OITS werden solle, sei auch vor dem Hintergrund fragwürdig, dass kaum andere staatliche Stellen beteiligt seien. Die OITS sei in erster Linie eine Nichtregierungsorganisation, in der vor allem Tourismusorganisationen und Tourismusanbieter bzw. regionale Netzwerke, z. B. von Jugendunterkünften, mitwirkten. Neben dem bereits zugehörigen BundesForum Kinder- und Jugendreisen könnten sich weitere Akteure des Deutschlandtourismus in der OITS engagieren, zum Beispiel die Nationale Koordinierungsstelle Tourismus für Alle, NatKo, um das Thema Barrierefreiheit weiter voranzubringen. Der Bund sollte die NatKo dabei unterstützen.

Die **Fraktion der FDP** machte darauf aufmerksam, dass sich sowohl Bund als auch Länder und Regionen der Teilhabe aller am Tourismus große Aufmerksamkeit widmeten. Dafür bedürfe es keiner Mitgliedschaft der Bundesregierung in einer internationalen Organisation, die im Übrigen den Steuerzahler Geld kosten würde. Dies mache auch deshalb wenig Sinn, weil die Kompetenz für die Entwicklung des Tourismus – auch unter dem Aspekt der Teilhabe aller – in unserem föderalen System eindeutig bei den Ländern liege.

Die Organisation, um die es in dem Antrag gehe, sei affiliiertes Mitglied der Welttourismusorganisation, UNWTO, und arbeite eng mit dem Sekretariat und den Mitgliedstaaten der UNWTO – also auch mit Deutschland – zusammen. Insofern habe die Bundesregierung als Mitglied der UNWTO Kenntnis von den Aktivitäten der OITS. Auch unter diesem Aspekt sei eine Mitgliedschaft der Bundesregierung in dieser Organisation nicht erforderlich.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, gerade auch geringverdienende Familien mit Kindern, Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderungen oder Angehörige von zu pflegenden Menschen brauchten den Urlaub für ihre Erholung, Gesundheit und Bildung. Und wer glaube, dass es hier um Almosen gehe und nicht um Menschenrechte, solle sich Artikel 24, „Recht auf Erholung und Freizeit“ der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und die UN-Behindertenrechtskonvention, Artikel 30 „Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport“, ansehen.

Es müsse mehr getan werden, um Reisen für alle zu ermöglichen. Eine hervorragende Möglichkeit hierzu und gleichzeitig auch die Chance von anderen zu lernen, biete die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der 1963 gegründeten International Organisation of Social Tourism, OITS. Der Organisation gehörten weltweit 140 staatliche und nichtstaatliche Mitglieder aus dem Bereich des Tourismus an, darunter Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Mexiko, Polen, Portugal, Schweiz, Spanien, Türkei. Diese Staaten machten gute Erfahrungen mit ihrem Engagement im Sozialtourismus. Der „Reiseweltmeister Deutschland“ fehle. Lediglich das BundesForum Kinder- und Jugendreisen e. V., BuFo, sei von deutscher Seite Mitglied in der OITS. Dies sei angesichts der Bedeutung des Themas nicht ausreichend. Eine Mitgliedschaft in der OITS eröffne der Bundesrepublik die Möglichkeit der direkten Einflussnahme auf die Fortentwicklung des Sozialtourismus auf internationaler und europäischer Ebene, das Kennenlernen guter Praxisbeispiele sowie deren Nutzung auf nationaler Ebene.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob hervor, dass sich der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss positiv zum Sozialtourismus in Europa geäußert habe. Unter anderem habe der Ausschuss festgestellt, dass das Programm sozial und wirtschaftlich eindeutig rentabel sei, denn einerseits hätten dadurch viele ältere Menschen erstmals in Urlaub fahren können, andererseits wären die für das Programm investierten Mittel wieder eingenommen worden. Eine Mitgliedschaft bei OITS sei aber auch im Hinblick auf Kinder- und Jugendreisen sinnvoll. Gerade für diese Zielgruppe sei es gesellschaftspolitisch von Interesse, Möglichkeiten des Reisens zu schaffen, denn insbesondere bei jungen Menschen seien die positiven Effekte des Reisens wie Bildung und Völkerverständigung von außerordentlicher Bedeutung.

Zwar gebe es in Deutschland eine im internationalen Vergleich hohe Urlaubsreiseintensität bei Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren, doch Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien nahmen deutlich weniger am Tourismus teil. Öffentlich geförderte Kinder- und Jugendreisen seien dabei sowohl im Kontext von Kinder- und Jugenderholung als auch bezogen auf die internationale Jugendarbeit seit den 90er-Jahren rückläufig. Insgesamt sei zu sagen, dass Sozialtourismus ein Thema sei, mit dem man sich auch in Deutschland befassen solle. Ob die Bundesregierung dies mit Leben füllen könne, sei aber aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu bezweifeln. Angesichts der finanziell überschaubaren Mitgliedsbeiträge in Höhe von ca. 4 000 Euro pro Jahr sei die Mitgliedschaft bei OITS aber ein positives Zeichen, das eventuell zu weiteren Impulsen führen könne.

Berlin, den 14. Dezember 2011

Marlene Mortler
Berichterstatterin

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatterin

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatter

Jens Ackermann
Berichterstatter

Markus Tressel
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333